

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

Verhandelt am: 22.01.2020

Anwesende Stadträte: 17

Abwesende Stadträte: 1

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lorenz Kruß

Stadträte

Herr Friedemann Alber
Herr Marc Bubeck
Herr Adalbert Bund
Herr Martin Gärtner
Herr Ernst Harrer
Herr Jörg Harrer
Herr Jörg Kimmich
Herr Jugoslav Lukić
Herr Christoph Mack
Frau Nadine Madera
Herr Gunter Schaal
Frau Pia Schwarz
Herr Jürgen Steck
Frau Eva Sturm
Frau Annette Thaler
Herr Thomas Vater
Herr Dieter Weiler

von der Verwaltung

Herr Matthias Hirn
Herr Andreas Pautsch
Herr Daniel Stückerle

Schriftführung

Frau Sabine Zalder

Abwesend:

Stadträte

Herr Karl Rapp



Tagesordnung:

- § 1 Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft
- § 2 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
- § 3 Zukünftige Nutzung der leer stehenden städtischen Wohnungen in den Gebäuden Mozartstraße 15 und Schulstraße 26
- § 4 Einbringung des Haushalts 2020
- § 5 Mobilitätskonzept Aichtal 2030
- Festlegung der Oberziele des Zielkonzepts
- § 6 Verschiedenes
 - § 6.1 Öffentlicher Personennahverkehr - Linienbündel 1 und 11
 - § 6.2 Verschmutzte Feldwege
 - § 6.3 Weiherbachschule
 - § 6.4 Kreisstraße zwischen Grötzingen und Harthausen

Zur Beurkundung:

Der Vorsitzende:
Bürgermeister

Schriftführerin:

Stadträte:



§ 1

Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft

a) Öffentlicher Personennahverkehr

Eine Bürgerin bemängelt die Verschlechterung der Busverbindungen. Nach 20 Uhr wird die Haltestelle Siedlung in Aich nicht mehr angefahren. Dadurch haben die betroffenen Einwohner gerade in der dunklen Jahreszeit sehr viel weitere Wege. Bürgermeister Kruß erwidert, dass dies bekannt ist und für die nächste Fortschreibung des Nahverkehrsplans mitgenommen wird.

In diesem Zusammenhang berichtet ein Bürger, dass die Bushaltestellen noch immer falsch gekennzeichnet sind. Dies wurde, so der Bürgermeister, bereits gemeldet. Die Verwaltung wird hier jedoch noch einmal nachhaken.

b) Gewerbegebiet Riedwiesen

Ein Bürger regt an, den Schwerverkehr, der hier bereits durch die Erschließung entsteht, über die Bundesstraßen 27 und 312 zu lenken. Die betreffenden Unternehmen sollten von der Stadt hierzu dringend aufgefordert werden. Bürgermeister Kruß sagt dies zu, macht gleichzeitig aber deutlich, dass die Stadt dies nicht verbieten kann.

c) Sanierung der Lindenstraße in Grötzingen

Eine Anwohnerin der Lindenstraße erkundigt sich, ob der Höhenweg als Zufahrtsstraße zur Grünmüllstelle auch nach der Sanierung der Lindenstraße weiterhin befahren werden darf.

Stadtbaumeister Hirn erklärt, dass auch die Sanierung des Höhenwegs projektiert ist, eine letzte Entscheidung hierüber jedoch beim Gemeinderat liegt.

§ 2

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Unter diesem Tagesordnungspunkt gibt es nichts zu berichten.

§ 3

Zukünftige Nutzung der leer stehenden städtischen Wohnungen in den Gebäuden Mozartstraße 15 und Schulstraße 26

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 1/2020, die diesem Protokoll beigelegt ist. Auf die darin enthaltenen Ausführungen wird verwiesen.

Der Gemeinderat beschloss im Mai 2019 die Ausschreibung der Wohnung im Gebäude Mozartstraße 15 zur Miete. Es hat sich gezeigt, dass diese Wohnung zur Unterbringung einer obdachlosen Frau benötigt wird. Diese kann nicht in anderen hierfür vorgesehenen Unterkünften untergebracht werden, da dort nur Männer sind.



Stadtrat J. Harrer interessiert, ob es keine andere Möglichkeit gibt, was Frau Zalder verneint. Ergänzend informiert sie, dass die Wohnung ausreichend groß ist, um dort noch eine weitere Frau unterzubringen, was im Bedarfsfall auch gemacht werden muss.

Stadtrat Steck erkundigt sich nach der derzeitigen Unterbringungssituation, die Frau Zalder kurz aufzeigt. So wird beispielsweise die Uferstraße 6 in Grötzingen demnächst von weiteren Flüchtlingen bezogen, die Waldenbacher Straße 34 wird für in Kürze anstehende Unterbringungen obdachloser Personen benötigt.

Stadträtin Thaler spricht die Vermietung der Wohnung im Gebäude Schulstraße 26 an. Sie spricht sich gegen eine Vermietung ohne Ausschreibung aus. Die Wohnung im derzeitigen Zustand ist gesundheitsschädlich und die Sanierungskosten wären je nach Höhe der Miete in drei bis fünf Jahren amortisiert.

Auf Nachfrage von Stadtrat Bund erklärt Bürgermeister Kruß, dass die Wohnung seit circa drei Jahren leer steht. Angesichts der Wohnungsknappheit möchte Stadtrat Bund die Wohnung deshalb auf jeden Fall vermieten. Man sollte sich mit dem Interessenten und dessen Arbeitgeber wegen einer Sanierung absprechen. Er ist dafür, die Sanierung dem Interessenten zu überlassen und dafür eine entsprechend geringere Miete zu verlangen. Die soziale Komponente sieht er berücksichtigt, immerhin handelt es sich um eine sechsköpfige Familie. Er geht davon aus, dass die Stadt dort in den nächsten fünf Jahren keinen Bedarf hat.

Auch Stadträtin Schwarz möchte die Wohnung wieder belegt haben und ist der Ansicht, dass der Vorschlag von Stadtrat Bund durchaus umsetzbar ist. Die Substanz des Hauses ist schließlich gut. Kündigungsmöglichkeiten gibt es im Bedarfsfall immer, hier sollte man keine Befürchtungen haben.

Stadtrat J. Harrer spricht sich für eine Vermietung, jedoch mit vorheriger Ausschreibung, aus. Allerdings sind ihm die Sanierungskosten in Höhe von 25.000 Euro zu hoch. Eventuell würden 10.000 Euro ausreichen, um das Nötigste instandzusetzen.

Stadtrat Schaal hat ebenfalls Bedenken, die Wohnung unrenoviert zu vermieten. Er befürchtet Probleme, sollte sich der Mieter dadurch Rechte ableiten. Bei einer befristeten Vermietung sollte über den Zeitraum entschieden werden. Er befürchtet, dass die Stadt sonst irgendwann in ihren Plänen blockiert sein könnte. Er warnt vor schwammigen Absprachen.

Stadtrat Kimmich begrüßt den Vorschlag seines Kollegen Bund und schließt sich dem an. Die Verwaltung sollte das Gespräch mit den Betroffenen suchen und deren Vorstellungen dazu in Erfahrung bringen. Da es sich hier um einen Sonderfall handelt, bei dem der soziale Aspekt vorliegt, kann durchaus auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden.

Stadtrat Steck spricht sich gegen die Meinung seiner Fraktionskollegen und wie sein Kollege Kimmich für den Vorschlag von Stadtrat Bund aus. Er ist überzeugt, dass der Interessent sehr viel in Eigenleistung machen könnte. Die Miete müsste nach der Besichtigung ausgehandelt werden. Die Sozialkomponente hält er ebenfalls für vorhanden, da diese sechsköpfige Familie auch nach der Ausschreibung ganz oben in der Rangliste stehen würde.

Stadtbaumeister Hirn informiert genauer über die zu erwartenden Sanierungskosten. So ist beispielsweise fraglich, ob überhaupt noch Wasser aus den Leitungen kommt, die Küche ist nicht funktionsfähig und der Bodenbelag fehlt teilweise beziehungsweise muss unbedingt



erneuert werden. An einigen Stellen wird eine Schimmelbekämpfung notwendig, natürlich müssen auch die Wände gestrichen werden. Er rechnet 10.000 Euro für die Sanitärmaßnahmen und jeweils 5.000 Euro für Maler, Küche und Unvorhergesehenes.

Bürgermeister Kruß erinnert an die Flüchtlingskrise, aufgrund derer viel Wohnraum gebraucht wurde. Er hält eine Ausschreibung für eine faire Vorgehensweise, man sollte ohne Ansehen der Person handeln.

Stadtrat Bund hat hierfür grundsätzlich Verständnis. Trotzdem besteht er darauf, dass es sich hierbei um einen besonderen Fall handelt. Selbstverständlich muss dem Interessenten deutlich kommuniziert werden, dass nur eine befristete Vermietung in Frage kommt. Er bekräftigt jedoch nochmals, dass die Kosten sich vermindern, wenn jemand diese Arbeiten in Eigenleistung erbringen kann.

Auch Stadträtin Madera spricht sich gegen eine Vermietung ohne vorherige Sanierung aus und erinnert daran, dass die Kosten sich amortisieren.

Stadtrat E. Harrer stellt fest, dass man sich offensichtlich einig ist, diese Wohnung zu vermieten. Er ist der Ansicht, dass die Stadt hier unbedingt selbst für einen guten Zustand sorgen sollte und keine Vorhaltungen riskieren sollte.

Stadtrat Kimmich interessiert, wie lange eine Sanierung bräuchte. Stadtbaumeister Hirn möchte hierzu nichts sagen, erinnert jedoch an die derzeitige gute konjunkturelle Lage für Handwerker.

Nachdem die Argumente ausgetauscht sind, wird zuerst über die Mozartstraße 15 abgestimmt. Mit 17 Ja-Stimmen und einer Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Die Wohnung 1. OG rechts im Gebäude Mozartstraße 15 wird rückwirkend zum 1.7.2019 als öffentliche Einrichtung zur Obdachlosenunterbringung gewidmet. Der Beschluss vom 15.5.2019 wird aufgehoben.

Über den Beschlussantrag zur Vermietung der Wohnung im Gebäude Schulstraße 26 wird getrennt abgestimmt.

Dabei stimmen sechs Personen für den Vorschlag der Verwaltung, die Wohnung zu sanieren und in einen vermietbaren Zustand zu bringen. 12 Personen stimmen dagegen. Damit ist dieser Vorschlag abgelehnt.

Für den weiteren Antrag der Verwaltung, die Wohnung öffentlich auszuschreiben, stimmen acht Personen, zehn Personen stimmen dagegen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Schlussendlich fasst der Gemeinderat mit 15 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:



Mit der interessierten Familie wird Kontakt aufgenommen und ein orientierungsfähiger Mietpreis festgelegt. Der Kostenaufwand des Mieters und der Mietspiegel sollen dabei angemessen berücksichtigt werden.

§ 4

Einbringung des Haushalts 2020

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 2/2020, die diesem Protokoll beigelegt ist.

Gemäß dem Gemeinderatsbeschluss vom 18.12.2019 hat die Verwaltung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2020 auf Basis der vorgesehenen Maßnahmen und den in dieser Sitzung vorgestellten Entwurfszahlen angefertigt. Das Planwerk bekommt jeder Stadtrat in dieser Sitzung vorgelegt.

Bürgermeister Kruß dankt der Kämmerei und allen, die am Planwerk mitgearbeitet haben, insbesondere Kämmerer Pautsch und dessen Stellvertreter Thumm. Sein Dank geht auch an den Gemeinderat, der sich hier sehr einbrachte und sich in seiner Klausurtagung ausführlich mit dem Haushalt beschäftigte. Es ist nun der zweite Haushalt im doppischen System. Er zeigt auf, dass die in Ansatz gebrachten Abschreibungen zwar kaum erwirtschaftet werden können. Trotzdem ist dies kein Grund für Panik oder Angst vor einer drohenden Zwangsverwaltung, allerdings doch der deutliche Hinweis, dass nicht wie bisher weitergewirtschaftet werden kann. Konsolidierungsmaßnahmen jeder Größenordnung müssen angegangen werden, was eine Aufgabe der nächsten Jahre sein wird. Dies bedeutet, dass schwierige Entscheidungen anstehen, die sachlich diskutiert werden müssen. Dazu gehört außerdem die ausreichende personelle Ausstattung der Verwaltung, damit diese arbeiten und auch ihren Pflichtaufgaben nachkommen kann. Bei allem darf aber der soziale Aspekt nicht vergessen werden. Wichtig ist dem Bürgermeister, den Blick auf die Stadt und weg von den Stadtteilen zu richten. Hierfür sollte man sich gemeinsam auf den Weg machen und gegenseitiges Misstrauen und Abneigung ausblenden.

Zum Thema Haushaltsreden erklärt der Bürgermeister, dass mit den Fraktionsvorsitzenden vereinbart wurde, darauf dieses Jahr zu verzichten. Alle Anträge der Fraktionen wurden bereits im Vorfeld eingebracht. Allen Fraktionen gemeinsam sind die Ziele Sparen und Optimieren. Sowohl der Gemeinderat als auch die Verwaltung sind sich ihrer Verantwortung bewusst.

Stadtkämmerer Pautsch berichtet, dass die Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht in vollem Gange und der Jahresabschluss in Arbeit ist. Die Verwaltung ist bestrebt, hier schnell vorwärts zu kommen, damit die Eröffnungsbilanz erstellt werden kann. Auch Herr Pautsch betont nochmals, dass Ziel sein muss, den Werteverzehr, die sogenannten Abschreibungen, zu erwirtschaften. Dieses Jahr kann der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen werden, langfristig ist aber genau das notwendig. Nur so gelingt intergenerative Gerechtigkeit. Herr Pautsch stellt fest, dass für Investitionen im Jahr 2020 circa 2,9 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Davon werden beispielsweise für die Sanierung von Gemeindestraßen 1,3 Millionen Euro oder für die Feuerwehr 255.000 Euro benötigt. Die liquiden Mittel der Stadt nehmen insgesamt um rund 400.000 Euro zu, Kreditaufnahmen sind nicht geplant. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit sind zwar mit 3,1 Millionen Euro eingeplant. Leider handelt es sich bei diesem Betrag um einen einmaligen Effekt. Es sind dies unter anderem Einzahlungen aus der Veräußerung von Flächen im künftigen Gewerbegebiet und die Ver-



äußerung von Bauplätzen in der Lönsstraße, welche in dieser Form in den Folgejahren nicht mehr vorkommen. Der Haushalt macht, so der Kämmerer, deutlich, dass weiterhin konsequent an der Konsolidierung gearbeitet werden muss. Alles ist kritisch zu prüfen und zu hinterfragen. Gemeinsam sollten Gemeinderat und Verwaltung dies mit kühlem Kopf und Weitblick anpacken.

Bürgermeister Kruß dankt Herrn Pautsch für dessen Ausführungen und stellt fest, dass der Haushalt 2020 hiermit eingebracht ist. Gerne dürfen die Stadträte sich bei weiteren Fragen an die Kämmerei wenden. Geplant ist, in der nächsten Gemeinderatssitzung am 19.2.2020 den Satzungsbeschluss zu fassen. Hiermit ist man im Gemeinderat einverstanden.

§ 5

Mobilitätskonzept Aichtal 2030 - Festlegung der Oberziele des Zielkonzepts

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 3/2020. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

In der Klausurtagung des Gemeinderats am 10.11.2019 wurde dem Gremium der Abschlussbericht zum Teil A des Mobilitätskonzeptes Aichtal 2030, die Verkehrsanalyse, vorgestellt. Nun müssen die Oberziele festgelegt werden. Im zweiten Teil des Konzeptes werden diese Ziele genauer untersucht und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Im Herbst 2020 soll dann ein Gutachten vorliegen, das in diesen Fragen Hilfestellungen gibt. Es wird ein Maßnahmenpaket für Aichtal sein, wie Verkehrsbelastungen gesteuert und Nebenwirkungen reduziert werden können.

Stadtrat Weiler erklärt, dass er mit allen Oberzielen einverstanden ist. Einige Punkte sind für ihn jedoch sehr vage, hier wären ihm konkretere und damit zielgerichtete Formulierungen lieber. Er bittet, die Belange der Bürgerinitiative in das Konzept mit einfließen zu lassen.

Stadträtin Madera schließt sich dem an. Sie interessiert, ob es bei den einzelnen genannten Zielen eine Priorisierung gibt.

Stadtrat J. Harrer spricht die geplante Bürgerinformationsveranstaltung an. Die Bürger warten auf diese und er bittet um die Festlegung eines Termins.

Stadtrat Steck wird den Zielen auf jeden Fall zustimmen. Nach wie vor ärgert ihn jedoch, dass der Busverkehr durch die Albstraße geführt wird. Hier herrscht bei der Bevölkerung großer Unmut und das Thema birgt ein gewisses Konfliktpotenzial. Der Verwaltung dankt er für die Veröffentlichung der Geschwindigkeitsmessergebnisse. Außerdem spricht er den hohen Parkdruck im Baugebiet Froschegert an.

Bürgermeister Kruß berichtet, dass sämtliche Protokolle der Bürgerinitiative an das Büro BS Ingenieure weitergeleitet wurden. Die Bürgerinitiative wird auch weiterhin beteiligt. Eine Priorisierung der Ziele gibt es nicht, diese muss noch ausdifferenziert werden. Das ist Aufgabe des Gemeinderats. Mit entscheidend sind hier dann auch die entstehenden Kosten. Die Bürgerversammlung wird in der ersten oder zweiten Märzwoche stattfinden. Der Termin wird derzeit mit dem Büro BS Ingenieure abgeklärt.



Zur Albstraße erklärt der Bürgermeister, dass dies zum Thema Öffentlicher Personennahverkehr gehört. Dieser ist in der Trägerschaft des Landkreises, der auch über Linienführungen entscheidet. Er wird dieses Thema jedoch bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes wieder einbringen. Bürgermeister Kruß mahnt jedoch dringend an, dass zukünftig der Individualverkehr und Individualinteressen sich auf den ÖPNV einstellen müssen, nicht umgekehrt. Eine Mobilitätswende kann sonst nicht geschafft werden. Er verweist auf das Gutachten. 41 % der Befragten wünschen eine Verbesserung des ÖPNV. Dies kann nur zu Lasten des Individualverkehrs gehen.

Stadtrat Steck widerspricht der Aussage zur Albstraße. Das Landratsamt entschied diese Frage am Schreibtisch im Hinblick auf den Umstieg Ortsmitte. Nach wie vor ist er der Ansicht, dass die Verwaltung sich hier hätte stärker einbringen müssen.

Bürgermeister Kruß verdeutlichte nochmals, dass sich die Verwaltung hier mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eingebracht hatte, damit aber beim Entscheidungsträger nicht durchdringen konnte.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

Beschluss:

Der Gemeinderat legt die Oberziele des Zielkonzepts für das Mobilitätskonzept Aichtal 2030 wie folgt fest:

- Förderung des Umweltverbundes
- Sicherung der Erreichbarkeit
- Entlastung der Stadtteile vom Durchgangsverkehr
- Verbesserte Organisation des ruhenden Verkehrs
- Reduzierung der Lärm- und Schadstoffbelastungen
- Erhöhung der Verkehrssicherheit
- Mobilitätsmanagement
- Förderung der nachhaltigen Mobilität

§ 6

Verschiedenes

§ 6.1

Öffentlicher Personennahverkehr - Linienbündel 1 und 11

Bürgermeister Kruß spricht die derzeitigen Probleme im Öffentlichen Personennahverkehr an. Er berichtet, dass am 21.1.2020 in Filderstadt hierzu ein runder Tisch stattfand, an dem die Bürgermeister, Busunternehmen, Schulvertreter und Vertreter des Landratsamts teilnahmen. Demnächst wird es dazu eine Pressemitteilung geben.

Bürgermeister Kruß stellt fest, dass verschiedene Verbesserungen kommen werden, beispielsweise wird die Firma Melchinger ab dem 1.2.2020 mit zwei Subunternehmern zusammenarbeiten, so dass mehr Busse und auch mehr Fahrer zur Verfügung stehen, die vor allem kurzfristiger verfügbar sind. Trotzdem wird es eine absolute Garantie für die Einhaltung der Fahrpläne nicht geben. Bürgermeister Kruß geht kurz auf die unterschiedlichen Busklassen



sen ein, die ebenfalls immer wieder Gegenstand der Beschwerden sind. Man bildete bei der Besprechung einen Arbeitskreis Kommunikation, der sich demnächst trifft. Dabei wird beraten, wie die Themen besser nach außen kommuniziert werden können. Bürgermeister Kruß fordert Verständnis für das Busunternehmen ein, das mit großen Fahrerproblemen zu kämpfen hat. Er gibt auch zu bedenken, dass für die Umsetzung nur 12 Monate Zeit zur Verfügung standen. Da in den letzten Jahren fast 50 neue Linienbündel starteten, gibt es überall Schwierigkeiten.

§ 6.2

Verschmutzte Feldwege

Stadtrat Schaal beklagt die sehr starke Verschmutzung von Feldwegen, die Radfahrer und Fußgänger sehr beeinträchtigen. Seiner Ansicht nach sind die Landwirte hierfür verantwortlich, die Feldwege nach den Feldarbeiten reinigen sollten. Er wird der Verwaltung entsprechende Fotos zur Verfügung stellen. Frau Zalder sagt zu, mit den Landwirten Kontakt aufzunehmen.

§ 6.3

Weiherbachschule

Stadträtin Schwarz spricht die Weiherbachschule in Grötzingen an. Bürgermeister Kruß berichtet, dass eine Feuertreppe in Auftrag gegeben wurde, um künftig wieder alle Gebäudeteile nutzen zu können. Außerdem wird gemeinsam mit der Schule ein Raumnutzungskonzept entwickelt.

§ 6.4

Kreisstraße zwischen Grötzingen und Harthausen

Stadtrat Vater spricht die immer wieder stark verschmutzte Kreisstraße zwischen Grötzingen und Harthausen an. Dort fahren Baufahrzeuge, die Boden zwischen dem Gewerbegebiet Riedwiesen und einem Lagerplatz an der Kreisstraße transportieren.

Stadtbaumeister Hirn berichtet, dass die Bodenabtragung fast beendet ist und die Verschmutzungen dann hoffentlich ebenfalls.

